

Nationalkonvent

Der Nationalkonvent, der seine Arbeit im Januar begann und nach kurzen Beratungen auf Anfang Februar verschoben wurde, wurde am 7. April erneut abgebrochen. Die vom SLORC handverlesenen Delegierten sollen ab dem 7. Juni wieder zusammentreten. Zweien der ursprünglich 702 Delegierten, wurde das Mandat aberkannt, ein weiterer floh Ende März nach Manerplaw.

Die Delegierten des Konvents sind in acht Kategorien aufgeteilt: 1. politische Parteien (von den ursprünglich fast 100 Parteien existieren noch 10 und davon sind nur acht vertreten); 2. bei den Wahlen im Mai 1990 gewählte Parlamentarier (obwohl die Nationale Liga für Demokratie (NLD) 392 Parlamentssitze gewann, wurde nur 92 die Teilnahme am Nationalkonvent erlaubt); 3. ethnische Gruppen (außer den sog. Rebellen); 4. Bauern; 5. Arbeiter; 6. Technokraten und Intellektuelle; 7. Angehörige des öffentlichen Dienstes und 8. sonstige Delegierte.

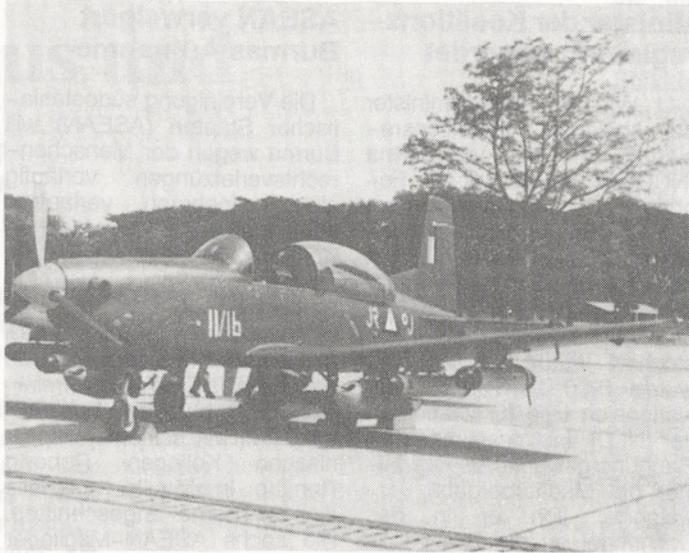
vgl. *Asian Wall Street Journal* 8./9.1.93; *SOAA* März 93; *B.U.R.M.A.* April 93; *Burma Alert* April 93

Nach Wachstumskurs steigende Inflation

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) kritisierte die burmesische Militärregierung, weil mehr Geld für die Finanzierung des Defizits von US\$ 1 Milliarde gedruckt wird. Dadurch liege die Inflationsrate bei 36 Prozent.

Nach Angaben der Militärregierung ist Burmas Wirtschaft im Fiskaljahr 1992/93 (31. März) nach Jahren rückläufiger Entwicklung und Stagnation wieder auf Wachstumskurs. Vor allem der Reisanbau, die Öl-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung habe gesteigert werden können. Auch der Banken- und Finanzsektor habe deutlich zugelegt. Insgesamt sei die Wirtschaft um 10,9 Prozent gewachsen. Im Öl- und Gasbereich hätten vor allem ausländische Firmen bei der Exploration und Gewinnung zu der beträchtlichen Steigerung beigetragen. Die Inflationsrate habe 1992/93 rund 22 Prozent betragen.

Asian Wall Street Journal 19.4.93, zit. n. *B.U.R.M.A.* Mai 93; 19.5.93 dpa



Ein schwerbewaffnetes "Trainingsflugzeug" auf einer Luftwaffenbasis nahe Rangun
Foto: B.U.R.M.A.

Luftangriffe mit Schweizer Flugzeugen

Die thailändische Grenzpolizei berichtete Mitte Mai über Luftangriffe der Tatmadaw (burmesische Streitkräfte) gegen einen Stützpunkt der Karen und geflüchteter Studenten. Die thailändischen Behörden rechneten mit der Übernahme der Basis im Pa-An Distrikt durch die burmesische Armee. Die Angriffe seien mit Pilatus PC-7 Trainingsflugzeugen, die in der Schweiz produziert werden, geflogen worden.

vgl. *TN* 19.5.93

Clinton fordert Suu Kyis Freilassung

Nach Gesprächen mit den Friedensnobelpreisträgern, die sich für Aung San Suu Kyi einsetzen, hat US-Präsident Clinton am 19. Mai den SLORC aufgefordert, die Politikerin und alle anderen politischen Gefangenen freizulassen, die Ergebnisse der Wahlen von 1990 anzuerkennen und demokratische Reformen einzuleiten.

vgl. 20.5.93 AFP

Unterstützung ethnischer Minderheiten

Australische Parlamentarier haben Ende Mai das Komitee "Australian Parliamentary Friends of Burma" gegründet, das Demokratie und Freiheit der Menschen in Burma fördern will. Das Komitee will sich für die Auflösung der diplomatischen Barrieren bei der Un-

terstützung der ethnischen Minderheiten, die Schließung des Austrade-Büros in Rangun und eine Petition beider australischen Parlamente an UN-Generalsekretär Boutros Ghali, die die Freilassung Aung San Suu Kyis fordert, einsetzen.

eigene Quellen

IPU plant Reise nach Burma

150 Parlamentarier aus 30 Ländern der Inter-Parliamentary Union (IPU) haben im April die Freilassung Aung San Suu Kyis gefordert. Der SLORC soll zum vierten Mal um Erlaubnis für eine Untersuchungsreise zu Menschenrechtsfragen gebeten werden.

Burma Focus No.9, April 1993

Friedensgespräche zwischen Kachin und SLORC?

Entgegen einer Erklärung der Kachin Independence Organization (KIO) (s.a. SOAI 1/93), worin die KIO erklärte, keine Friedensgespräche im Alleingang mit dem SLORC zu führen, kursiert ein Papier, laut dessen die KIO und der SLORC ein militärisches Abkommen getroffen haben. Der Status des Papiers ist nicht geklärt. Einige Vertreter der KIO bezeichnen das Papier als Arbeitspapier, über das nicht entschieden worden sei, andere haben erklärt, es handele sich dabei lediglich um einen "Business Deal".

Burma Focus No.9, April 93, eigene Quellen

Kurzmeldungen

Aung San Suu Kyi erhält den diesjährigen **Solidaritätspreis des Bremer Senates**. Der Preis wird an Personen verliehen, die sich gegen Kolonialismus und Rassismus wenden und ist mit 10.000 DM dotiert. (FR 3.6.93)

Sumangala Tipitakadara, Abt des Gandayon-Klosters in Rangun, ist **aus dem Gefängnis entlassen** worden. Mit ihm kamen 28 weitere Mönche frei. (eigene Quellen)

General **Saw Bo Mya**, Vorsitzender der Demokratischen Allianz Burmas (DAB), hat in einem **offenen Brief an General Than Shwe den SLORC** aufgefordert, eine sofortige landesweite Waffenruhe auszurufen, alle politischen Gefangenen freizulassen und am Runden Tisch zu Gesprächen zusammenzukommen. (BP 24.5.93)

Yoza Yokota, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, hat auf der 49. Versammlung der **Menschenrechtskommission in Genf** seinen Bericht vorgelegt. Die Kommission **verurteilte Burma** erneut aufgrund der ersten Menschenrechtssituation und verlängerte sein Mandat um ein weiteres Jahr. (DAWN März 93; Report of Yoza Yokota)

Regierungsvertreter aus **Thailand, Laos, Burma und China** haben sich am 27. Mai erstmals gemeinsam über den **Bau von Transportwegen im sog. Goldenen Dreieck** geeinigt. An dem Treffen nahmen auch Repräsentanten der Weltbank, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Asian Development Bank teil. (BPW 4.6.93)

Anfang Mai kamen eine **thailändische Firma** und burmesische Behörden überein, eine **Straße von Chiang Rai in die burmesische Chiengtung Provinz zu bauen**. Die Straße soll später vermutlich eine neue Verbindung von China zu den ASEAN-Staaten bilden. (BPW 7.5.93)

Kurzmeldungen

Exil-Burmesen, die eine andere Staatsangehörigkeit angenommen haben, können seit dem 6. Mai wieder die **burmesische Staatsangehörigkeit zurückerlangen**. Diese Möglichkeit war 1982 aufgehoben worden. Der SLORC hofft, mit der Abschaffung dieser Einschränkung qualifiziertes Fachpersonal aus dem Ausland zurück nach Burma zu holen. (BP 8.5.93)

Der SLORC plant die **Gründung einer Kulturuniversität**. Ziele der Universität "sind die Erhaltung und Entwicklung des kulturellen Erbes Burmas, die Forschung und Ausbildung zur Entwicklung der schönen Künste Burmas und die Förderung von hervorragenden Künstlern sowie die Förderung der Unterweisung in Kultur, Sitten und Traditionen der nationalen Rassen der Union." (MDA 22.4.93)

Burma und Laos werden ihre **bilaterale Zusammenarbeit erweitern**, heißt es in einem Abschlußkommuniqué zum Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Burmas Maung Maung Khin in Laos. Konkret sollen z.B. Orte für den Handel bestimmt und die erforderlichen Währungs- und Finanzarrangements getroffen werden, um den steigenden Grenzhandel zu erleichtern. (MDA 17.5.1993)

"**Working People's Daily**", die einzige in Englisch und Burmesisch erscheinende Tageszeitung ist in "**New Light of Myanmar**" umbenannt worden. Damit setzt der SLORC seine Namensänderungskampagne fort, mit der er seit seiner Machtergreifung versucht, das Negativ-Image des Landes aufzupolieren. (Burma Focus No.9, April 93)

Minister der Koalitionsregierung ermordet

U Win Ko, Finanzminister der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB), wurde am 28. Februar in der VR China ermordet. Er war auf dem Rückweg vom Kachin-Gebiet nach Manerplaw, dem Hauptquartier der demokratischen Kräfte, als er nachts in einem Hotel erstochen wurde. U Win Ko wurde 1990 als Vertreter der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) im Ye-U Stadtteil Ranguns gewählt. Als das Militär die Machtübergabe verweigerte, floh er in den Dschungel an die Grenze zu Thailand und gründete dort erst die NLD, Befreite Gebiete (NLD, L.A.), und gehörte dann zu den Parlamentariern, die die NCGUB ausriefen. Die NCGUB hält politische Motive für den Hintergrund des Mordes, da US\$ 800, die er bei sich trug, unberührt blieben.

vgl. Stellungnahme der NCGUB vom 20.3.93, AW 5.5.93

Burma verweigert dem UNHCR Aufsicht über die Repatriierung

Die Regierung Bangladeschs hat den SLORC im Mai während eines Treffens der Innenminister beider Länder in Dakha erneut aufgefordert, die Repatriierung der burmesischen Flüchtlinge unter Aufsicht des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) zu erlauben. Der burmesische Innenminister, Generalleutnant Mya Thinn betonte zum wiederholten Mal, das Problem sei ein binationales. Der Repatriierungsprozeß wird nach Aussagen des Innenministers Bangladeschs dadurch verlangsamt. Fast 300.000 muslimische Flüchtlinge waren in den vergangenen beiden Jahren nach Bangladesh geflohen. Bisher sind knapp 25.000 im Rahmen der Repatriierungsmaßnahmen zurückgekehrt. Der UNHCR will die Sicherheit haben, daß die Flüchtlinge freiwillig zurückgehen. Während Bangladesh einer Überwachung der Repatriierung durch den UNHCR zustimmt, verweigern dies die burmesischen Behörden kontinuierlich.

vgl. TN 16.5.93; BP 24.,26.5.93

ASEAN verweigert Burmas Aufnahme

Die Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) will Burma wegen der Menschenrechtsverletzungen vorläufig nicht aufnehmen, verlautete Mitte Mai aus diplomatischen Kreisen der Wirtschaftsgruppe. Burma habe beim ASEAN-Sekretariat in Jakarta die Möglichkeiten für eine Aufnahme sondiert. Zuvor habe der burmesische Außenminister U Ohn Gyaw bei Gesprächen mit seinem philippinischen Kollegen Roberto Rumulo in Manila ebenfalls dieses Thema angeschnitten. Die sechs ASEAN-Mitglieder Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Singapur und Brunei erwarteten aber deutliche Verbesserungen der Menschenrechtssituation in Burma, bevor dem Aufnahmege-such stattgegeben werden soll könne. Ende Mai reiste eine hochrangige Delegation aus Burma, bestehend aus Generalleutnant Khin Nyunt (Erster Sekretär des SLORC), Ohn Gyaw (Außenminister), David Abel (Finanz- und Planungsminister) und Kyaw Ba (Tourismusminister) nach Singapur. Singapur richtet das diesjährige Treffen der Außenminister der ASEAN-Staaten aus.

vgl. 19.5.93 AP; TN 25.5.93; BP 26.5.93

Aung San Suu Kyi bei guter Gesundheit

Michael Aris hat in einer Stellungnahme nach einem zweiwöchigen Besuch bei seiner Frau bekanntgegeben, daß die Gesundheit Aung San Suu Kyis nicht mehr gefährdet sei. Die medizinische Versorgung, sowie die Versorgung mit Lebensmitteln sei gewährleistet. Die Willenskraft der Friedensnobelpreisträgerin sei nach wie vor ungebrochen.

Er brachte eine Rede mit, die er für sie an der Oxford University hielt. Aung San Suu Kyi ruft in der philosophischen Rede über menschliches Leiden im internationalen Kontext indirekt den SLORC zur nationalen Versöhnung und zu einer friedlichen Lösung der politischen Konflikte auf.

vgl. Rede Aung San Suu Kyis; Presseerklärung Michael Aris; BP 21.5.93

Indien ändert Politik gegenüber Burma

Indien, bisher großer Kritiker der Unterdrückungspolitik des SLORC, gleicht seine Politik dem "Constructive Engagement" der südostasiatischen Nachbarn Burmas an. Die rund 14.000 burmesischen Exilanten, die in Indien leben, bekamen den Umschwung zuerst zu spüren. Die indische Regierung will die Flüchtlinge in Lagern entlang der Grenze zu Burma unterbringen. Ein Mitglied der NLD, das nach den Wahlen nach Indien geflohen war und dort für die Anerkennung der Wahl kämpft, befürchtet nun die zwangsweise Repatriierung nach Burma. Der Grundstein für die veränderte Politik wurde wahrscheinlich im August letzten Jahres gelegt, als der damalige Außenminister Burmas, U Aye, in Indien eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des (Drogen-) Schmuggels und der sog. Rebellen forderte. Als weiterer Grund gilt die Angst vor dem militärisch starken Nachbarn China, der seine Beziehungen zu Burma weiter ausbaut.

vgl. FEER 6.5.93

Aung Gyi verhaftet

Aung Gyi, Gründungsmitglied der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), ist am 27. April zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er wurde nach einer längeren gerichtlichen Auseinandersetzung beschuldigt, Eier für seine Bäckereikette nicht bezahlt zu haben. Wahrscheinlich steht die Verhaftung jedoch in Zusammenhang mit seinen offenen Briefen an Ne Win, die in Rangun zirkulierten, und einigen regimiekritischen Interviews, die er ausländischen Journalisten gab.

Aung Gyi, Brigadegeneral a.D., war nach Ne Wins Putsch im Jahre 1962 Mitglied des 17-köpfigen Revolutionsrats. 1963 trat er aufgrund von Rivalitäten zurück und wurde verhaftet. Nach den Unruhen 1988 wurde er erster Vorsitzender der NLD, trat aber wenige Monate später aus der Partei aus und gründete die Union National Democracy Party. Die UNDP gewann bei den Wahlen im Mai 1990 nur einen Sitz.

vgl. BP 16.5.93; FEER 3.6.93